

MedienINFO 159 – Mittwoch, 07. Mai 2014

## Zukunft der stationären Pflege in NRW

# Schneider: Stationäre Pflege nicht pauschal schlecht machen

Im Landtag haben Experten die Durchführungsverordnung zum Alten- und Pflegegesetz diskutiert. Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, sieht die Skepsis der FDP gegenüber den rot-grünen Plänen durch die Experten gestützt. „Um Pflege bedarfsgerecht zu gestalten, werden aus Sicht der FDP ambulante, häusliche und stationäre Angebote benötigt. Die FDP wurde durch die Sachverständigen jedoch in ihrem Eindruck bestätigt, dass Gesundheitsministerin Barbara Steffens stationäre Pflege mit Ausgrenzung gleichsetzt.“ Damit könnten latente Vorbehalte gegen die stationäre Pflege, die innerhalb der Gesellschaft bedauerlicherweise in Teilen bestehen, weiter verstärkt werden, befürchtet Schneider. Für die liberale Gesundheitspolitikerin ist klar: „Stationäre, häusliche Pflege und Pflege-WGs dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Nach Ansicht der liberalen Gesundheitsexpertin legt die Durchführungsverordnung den Grundstein für einen Abbau der stationären Pflege. „Die Experten sehen durch die geänderten Finanzierungsregelungen Gefahren für den Bestand der stationären Pflege“, fasst Schneider zusammen. Ein Rückbau von Plätzen in Pflegeheimen habe weitreichende Auswirkungen – auch auf die Beschäftigten. Denn wo weniger Pflegeplätze bestehen, werden auch weniger Arbeitskräfte benötigt. „Davon wären insbesondere auch Frauen betroffen“, sagt Schneider. Insbesondere vor dem Hintergrund unserer älter werdenden Gesellschaft müsse die Wertschätzung für pflegerische Berufe verbessert werden. Auch auf die Kommunen kämen durch die rot-grünen Pläne steigende Ausgaben zu: Steigende Kosten durch geringere Finanzmittel werden von den Einrichtungen an die Bewohner durchgereicht. „Können diese nicht zahlen, müssen die Kommunen einspringen“, erklärt Schneider.